

Rede von Friedrich Gottlieb Schulz zum Entwurf eines Auswanderungsgesetzes in der Frankfurter Nationalversammlung (1849)

Kurzbeschreibung

Am 15. März 1849 sprach der hessische Gymnasiallehrer Friedrich Gottlieb Schulz (1813–1867) in der Frankfurter Nationalversammlung das drängende Problem der deutschen Auswanderung an. Damals wanderten Jahr für Jahr Tausende von Einwohnern der deutschen Staaten aus – vor allem in die Vereinigten Staaten, wo sie oftmals unter schwierigen Rahmenbedingungen lebten. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss der revolutionären Frankfurter Nationalversammlung hatte in einem Bericht die Einrichtung eines Auswanderungsamtes auf Bundesebene angeregt, das nicht nur das Auswanderungsgeschehen, sondern auch die Lebensbedingungen der deutschen Emigranten sowohl vor ihrer Ausreise als auch im Ausland überwachen sollte. Schulz begrüßte den Gesetzentwurf in seiner Rede grundsätzlich, äußerte aber seine Betroffenheit darüber, dass so viele produktive Deutsche sich genötigt sahen, ihr Land zu verlassen. Er hatte die Hoffnung, dass es den Auswanderern zumindest in den deutschen Ansiedlungen im amerikanischen Westen leichter fallen würde, sich ihre deutsche Identität und Sprache und die Bindung an ihr Ursprungsland zu bewahren. Schulz verstieg sich sogar zu dem Vorschlag, die deutschen Auswanderer nicht nach Westen ziehen zu lassen, sondern in Richtung Osten in die Habsburgermonarchie und an die Donau zu lenken statt nach Nordamerika. Er begründete seinen Vorschlag damit, dass dies für den neu gegründeten deutschen Nationalstaat vorteilhafter wäre. Die Versammlung nahm schließlich die vom Ausschuss entworfene Fassung des Auswanderungsgesetzes mit zwei geringfügigen, von Schulz vorgeschlagenen Änderungen an.

Quelle

[...]

Schulz von Weilburg: Meine Herren! Obgleich Viele mit mehreren Vorrednern der Ansicht sein mögen, daß wir bei der gegenwärtigen Weltlage Ursache genug hätten, uns ausschließlich mit unserem eigenen Schutze, mit der Fürsorge für die Zurückbleibenden und den Bestand des Vaterlandes zu beschäftigen; obgleich wir für die wahrscheinlich bevorstehenden Kriege und im Kampf mit der Gewerbthätigkeit fremder Völker der vielen Tausende rüstiger Brüder wohl bedürften, welche uns auch in diesem Jahre wieder verlassen wollen, um eine ferne, gesicherte neue Heimath aufzusuchen: so freue ich mich doch von Herzen, daß wir endlich einmal versammelt sind, um über ein Gesetz zu berathen, welches eine alte Schmach vom deutschen Namen wegnehmen soll. Trotz unserer politischen Reform geht der Strom der Auswanderung fort, und ist sogar im Steigen begriffen. Wir können es nicht hindern und wollen keinen Stein auf diejenigen werfen, welche an einer großen Zukunft des Vaterlandes verzweifeln und im Kampfe nicht mit uns ausharren wollen, noch viel weniger auf die, welche wegen der tiefen gesellschaftlichen Gebrechen unseres Volkes, die so bald nicht gehoben sein werden, ein dankbareres Feld ihrer Thätigkeit für sich und ihre Kinder aufsuchen wollen. Trotz der gefahrvollen Lage des Vaterlandes hat unsere Berathung des Auswanderungsgesetzes in diesem Augenblicke seine volle Berechtigung. Durch die bisherige Vernachlässigung dieser Angelegenheit ist der deutsche Name im Auslande geschändet. In fremden Hafenplätzen haben sich ganze Dorfschaften unbemittelter deutscher Auswanderer gebildet, die nicht immer dem ehrenvollsten Erwerb nachgehen. Mehrere deutsche Ständekammern haben sich daher mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen angefangen, und die Reichsgewalt darf nicht zurückbleiben. Dankbar wollen wir anerkennen, was der Entwurf des Auswanderungsgesetzes, welchen

der volkswirtschaftliche Ausschuß uns vorlegt, an zweckmäßigen Bestimmungen enthält, um die schmachlichen Auswüchse des Agentenwesens zu beseitigen, um deutsche Häfen und deutsche Schifffahrt zu begünstigen, um die Auswanderer bei ihrer Ueberfahrt vor Mißhandlung und bei ihrer Ankunft in der neuen Welt möglichst gegen Betrügereien zu schützen; vor Allem aber wollen wir die Einsetzung eines Auswanderungsamtes begrüßen, welches alle diese angedeuteten Bestimmungen zu überwachen hat. Wie gesagt, dieß Alles ist sehr gut, aber nach meiner Meinung noch nicht ausreichend. Der Entwurf scheint mir noch nicht ganz der „Fürsorge“ zu entsprechen, welche der Auswanderung von der Reichsversammlung zugesagt worden ist. Er ist eine sehr wohlthätige Ueberwachung, aber noch keine eigentliche Organisation, wie der Bericht des Ausschusses von ihm rühmt, noch keine innere, auf die Sache selbst tiefer eingehende Regelung und Leitung, wie eine wahre Organisation sie voraussetzt. Wenn wir aber dem Auswanderungsamt eine umfassendere Geschäftsberechtigung, eine erweiterte Kompetenz geben, so wird mancher Tadel, der gegen das Gesetz erhoben worden ist, verschwinden. Das Auswanderungsamt muß sowohl den Ausgangspunkt als das Ziel der Auswanderung scharf ins Auge fassen. In diesem Sinne habe ich folgende beide Zusatzanträge gestellt:

Zu §1:

„Es hat sich zu diesem Zwecke namentlich mit den Einzelregierungen, sowie mit den Vereinen für Auswanderung in Verbindung zu setzen“,

und zu §14:

„auch sonstige im Auslande für die deutsche Auswanderung etwa nöthig erachtete vorbereitende Maßregeln geschehen durch das Auswanderungsamt.“

Zuerst, glaube ich, müssen wir nochmals mit dem Ausschußbericht es aussprechen, daß das Auswanderungsgesetz nicht gegeben werden soll, um die Auswanderungslust zu begünstigen, um zur Auswanderung zu ermuntern und sie nach Kräften zu steigern; denn jeder Vaterlandsfreund sieht gewiß die Auswanderung, wie sie bisher von Deutschland aus stattgefunden hat, als ein großes Unglück, als ein schweres Krankheitszeichen an. Wie viele geistige und materielle Kräfte verschleudern wir jährlich in das Ausland! Man hat berechnet, daß in der letzten Zeit wenigstens 30 bis 40 Millionen fl. durch die Auswanderung dem Vaterlande verloren gehen. Gerade der Mittelstand ist ausgewandert; denn dem Armen fehlen natürlich die Mittel zu der weiten Reise. So sehr wir es auch bedauern müssen, daß dieser Abfluß von Menschenkräften und Geld stattfindet, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß wir selbst Schuld daran sind. Der Aufschwung unseres Ackerbaus blieb durch die Feudallasten gehemmt und jetzt noch seufzt der Bauer an vielen Orten unter den großen Ablösungskapitalien. An einen genügenden Schutz der deutschen Arbeit ward nicht gedacht, die Industriekraft fremder Völker durfte unsere Gewerbe verwüsten, unsere Gewerbeschulen haben wir vernachlässigt, die Kleinstaaterei unterband die Kräfte der Nation, die Schreibstübchenherrschaft hat alle Thatkraft des deutschen Volkes erdrückt. (Bravo im Centrum.) Meine Herren, so ging unser Mittelstand großen Theils zu Grunde, wir müssen die Quellen der verkehrten Auswanderung verstopfen, wir müssen den Ackerbau und die Gewerbe heben, ein Nationalgefühl erwecken, wir müssen mit Nordamerika wetteifern in freien Institutionen; wir müssen, wie die Griechen, von unseren Ansiedlungen lernen, denn Colonien entwickeln sich schneller als das Mutterland; wir müssen den nordamerikanischen Unternehmungsgeist und frischen Muth in unsere Gauen verpflanzen. Meine Herren, es gibt aber auch eine Auswanderung, die berechtigt ist, das ist die Uebervölkerung, welche besonders leicht bei den germanischen Völkern eintritt, – denn sie scheinen vorzugsweise bestimmt zu sein, den Erdball in Besitz zu nehmen, – und die bei unserer gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Politik bereits für Deutschland besteht, besonders in Südwest-Deutschland. Die Kinder der kleinen Gutsbesitzer werden dem Tagelöhnerstand zugedrängt; da ziehen es denn die Eltern vor, in der neuen Welt sie zu freien Gutsbesitzern zu machen. Aber die Armenunterstützung erdrückt viele Gemeinden. Es ist ein ungeheures Schuldkapital, dessen Zinsen jährlich für die Unterstützung der Armen verwendet werden. Das Proletariat in Stadt und Land ist im Wachsen begriffen, die bisherige

Auswanderung hat nur die Ungleichheit zwischen Besitzenden und Besitzlosen erhöht, indem der Grundbesitz, zuweilen die Gemarkungen ganzer Gemeinden, in die Hände weniger reichen Familien fielen; der Bauernstand, der Stolz Deutschlands, ist in manchen Gegenden seinem Untergange nahe. Gesetze gegen übermäßigen Güterbesitz in Einer Hand müßten daher erlassen werden. Um das vorhandene Uebel zu lindern, haben einzelne Gemeinden bereits den richtigen Weg eingeschlagen, indem sie angefangen, ihre Armen auf Gemeindegeldern in die neue Welt überzusiedeln, da sie mit Recht die Geldverschwendung an unthätigen Armen, denen aber die Gelegenheit zur Arbeit fehlte, mißbilligten. Die Gemeinden sind indessen offenbar in ihrer Vereinzelung dieser großen Aufgabe nicht gewachsen; Privatvereine und mehrere Einzelregierungen haben daher begonnen, ihnen beizustehen. Württemberg und Bayern haben jedes 50.000 fl. bewilligt, um das Auswanderungswesen zu organisieren. Alle Ständekammern sollen diesem schönen Beispiele folgen, wie man es von mehreren bereits mit Zuversicht erwartet. In allen Ländern sollten sich Vereine bilden, wie der Nationalverein, welcher schon die beiden Hessen, Württemberg und Baden umfaßt, damit Nordamerika uns nicht länger beschämt. Ist aber das Volk aus eigenem Antrieb auf diese Weise thätig, so kommt es gewiß auch der Reichsgewalt, hier dem Auswanderungsamt zu, kräftig in diese Verhältnisse einzugreifen. Das Auswanderungsamt, welches man wegen der Wichtigkeit seines Geschäftskreises wohl zu einem Ministerium erheben könnte, muß sich in lebendige Verbindung setzen mit den Einzelstaaten und später mit den einzelnen Kreisen oder Bezirken, zunächst durch unbezahlte, frei vom Volke gewählte Beamte. Dieß wäre einstweilen ein schöner Anfang zu Reichsbeamten, überhaupt in einem Gebiete des Staatslebens, in welchem den Einzelstaaten nichts genommen würde, denn sie haben hierin noch nichts gethan. Außerdem muß das Auswanderungsamt in eine feste Verbindung mit allen Privatvereinen in Deutschland treten, wie dieß auch die nordamerikanische Regierung mit ihren Vereinen thut, und wie § 14 unseres Entwurfs es unsern Consulen in Amerika zur Pflicht macht. Warum denn aber nicht ebenso in Deutschland? Sind unsere einheimischen, aufopferungsvollen Vereine etwa weniger werth? Außerdem müßte das Auswanderungsamt das Recht haben, gemeinnützige Anstalten durch ganz Deutschland zu errichten, etwa eine zweckmäßig eingerichtete Auswanderungsbank nebst Zweigbanken, wie man bereits vorgeschlagen, damit der Auswanderer nicht schon gleich beim Verkauf seines Gutes in Verlegenheit geräth. In diesem Sinn habe ich meinen Zusatzantrag zu § 1 gestellt. Die Sorge für die Auswanderer muß schon vor ihrem Abzug in der Heimath beginnen, und zwar rechtzeitig. Aber nicht bloß, was den Ausgangspunkt der Auswanderung anlangt, wünschte ich die Competenz des Auswanderungsamtes erweitert, sondern auch, was das Ziel derselben betrifft. Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat nach meiner Ansicht für diesen Augenblick Recht, daß er vor Allem Nordamerika ins Auge gefaßt hat. Man kann allerdings den Strom der Auswanderung im Ganzen und Großen nicht willkürlich lenken; dazu reicht keines Menschen Witz aus, und die Völkerwanderung geht, so weit die Geschichte reicht, von Osten nach Westen. Nach Sonnenuntergang hat sich seit Jahrtausenden die Menschheit gesehnt, nach den Gärten der Hesperiden, nach den glücklichen Inseln im atlantischen Ocean, nach den Goldgruben Perus, nach den mächtigen Urwäldern der Vereinigten Staaten, wo ein Volk von Königen emporwächst. Der Instinkt des deutschen Volkes hat auch hier im Ganzen die rechten Gegenden gefunden, und zwar im Westen Nordamerikas. Diesem gesunden Trieb des deutschen Volkes schließt sich der Gesetzesentwurf des volkswirtschaftlichen Ausschusses an. Es kommt nun darauf an, die deutsche Einwanderung daselbst möglichst zweckmäßig auszurichten. Ein Schwarm nordamerikanischer Landverkäufer hat sich über Deutschland verbreitet, die schlechtesten amerikanischen Ländereien wurden den Deutschen aufgebürdet. Ein redliches Länderverkaufsbüreau in Neu-York mußte vor kurzem den Umtrieben der gewinnsüchtigen Speculanten erliegen. Viele in der Auswanderungsangelegenheit erfahrene Männer: Bremer Kaufleute, ein nordamerikanischer Generalconsul, in unserer Nähe die Vorsteher des Nationalvereins für Auswanderung, halten es für höchst zweckmäßig, ja nothwendig, eine Untersuchungscommission von Sachverständigen abzuschicken, um die geeigneten Ansiedlungsplätze für jährlich steigende deutsche Einwanderung auszusuchen. Diese Untersuchungscommission hätte die gesündesten Gegenden zu erwerben, welche sich zugleich auch für Gewerbe und Handel am Besten eignen. Der Reichsgewalt würde es nicht schwer fallen, von den Vereinigten Staaten große Länderstrecken unter günstigeren Bedingungen zu erhalten, als es dem Einzelnen möglich ist. So könnte

am Besten für unbemittelte Auswanderer gesorgt werden, was doch zunächst unsere Hauptaufgabe ist, und zugleich das deutsche Element zusammengehalten werden. Die Deutschen würden doch nicht für sich abgeschlossen bleiben, der große, lebendige Verkehr würde sie hinlänglich in das amerikanische Leben hineinziehen. Sie könnten Amerikaner werden, ohne deutsche Sprache, Sitte und Literatur, für welche selbst die eingeborenen Amerikaner jetzt Interesse gewinnen, ganz zu vergessen. Einen regen Verkehr mit dem Vaterland hätte das Auswanderungsamt auf jede Weise zu befördern. Am großen Ocean kann ein mächtiges herrliches Neudeutschland erblühen, welches die natürliche Freundschaft der Vereinigten Staaten mit uns noch bedeutend verstärkt. Aber, wenn wir nicht eilen, kommen wir auch im Westen Amerikas zu spät, wenigstens für umfangreichere Ansiedelungen, welche einen selbstständigen Einfluß zu üben vermögen. Um die rechten Maßregeln in dieser Hinsicht zu ermöglichen, habe ich den Zusatzantrag zu § 14 gestellt. Wir sollten eilen, eine Prüfungscommission schon in diesem Frühjahr abzuschicken, und zwar, wie die oben erwähnten sachverständigen Männer meinen, höchstens zu Ende April. Wenn das Reich in diesem Augenblick kein Geld dazu hat, so könnte man vielleicht einen Theil der bereits bewilligten Gelder der Einzelstaaten mit deren Genehmigung einstweilen dafür verwenden, welcher so gewiß die besten Früchte tragen würde. – Die Auswanderung geht fast ausschließlich nach dem fernen Westen; aber es gibt noch Ansiedelungsländer an unserer nächsten Grenze, im Osten und Südosten unseres Vaterlandes, welche in nächster Zeit von großer Bedeutung werden können, wie auch der Ausschlußbericht zu meiner Freude anerkennt. Solche Rückströmungen nach Osten, nach dem reichen, wunderbaren Morgenlande hin, haben schon zu verschiedenen Zeiten ihre tiefe Berechtigung gehabt; so im Alterthum in den Zügen und Ansiedelungen der Griechen in Asien; im Mittelalter in den Colonien der Italiener. Für Deutschland zeugt Siebenbürgen, zeugen die deutschen Ostseeherrschümer mit ihren Hansastädten. Ist die österreichische Regierung nicht ganz unfähig, verkennt sie nicht ganz und gar die Pflicht unserer Ostmark, so wird sie recht viele Millionen zunächst unbemittelter deutscher Ansiedler, sobald sie nur einen gesicherten Rechtszustand in ihren Ländern hergestellt, unter günstigen Bedingungen für ihre leeren Gefilde an der Donau zu gewinnen suchen. Dort an unserer Grenze ist unser Texas, unser Mexiko. Sollen unsere deutschen Brüder nur für die Vereinigten Staaten Nordamerikas kämpfen? Wenn wir hier im Osten nicht eine stolze Stellung einzunehmen vermögen, wenn wir im Nothfall Oesterreich nicht unserem Nationalinteresse zu unterwerfen wissen, wenn wir nicht einsehen können, daß unsere überflüssigen Arbeitskräfte zu ihrem und unserem Vortheil in möglichster Nähe vom Vaterlande ansiedeln müssen; so wollen wir lieber alle aus dem verkümmerten Kleindeutschland nach dem aufstrebenden Neudeutschland an den großen Strömen Nordamerikas ziehen. Aber ich deute, so weit ist es noch nicht gekommen; die alte deutsche Eiche treibt noch frische Zweige und Blätter. Ich wünsche, daß das Auswanderungsamt, sobald es die Verhältnisse erlauben, sich mit der österreichischen Regierung über ein geregeltes Colonisationssystem für die Donauländer verständigt. Ich wünsche, das das Auswanderungsamt so organisirt werde, daß es auch dieser großen schwierigen Aufgabe gewachsen ist. Meine Herren, die Franzosen haben für die nächsten vier Jahre 50 Millionen Franken bewilligt, um ihre Armen nach Afrika überzusiedeln. Die kleine Schweiz macht Anstrengungen in gleichem Sinne. Das nach Wiedergeburt ringende Deutschland darf nicht zurückbleiben. Die Reichsgewalt hat hier eine gute Gelegenheit, in das Gesammtleben der Nation einzugreifen. Trifft sie den wahren Willen des Volkes, so kann sie Alles durchsetzen; alle Seiten des Hauses werden sie unterstützen, wenn sie nur thatkräftig handelt. Meine Herren, sorgen Sie dafür, daß die Ehre deutscher Männer und Frauen nicht wie bisher von fremden Matrosen und Agenten mißhandelt wird; das beste Zeichen des wiedergeborenen Deutschlandes wird sein, daß wir unseren auswandernden Brüdern Schutz verleihen zu Land und zu Meer. Meine Herren, ich bitte Sie, lassen Sie dieses Zeichen als die schönste Kunde des wiedergeborenen Deutschlands zu allen Völkern dringen! (Beifall auf der Linken.)

[...]

Quelle: *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden*

Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard. Achter Band. Nr. 182–209. Frankfurt: Sauerländer, 1849, S. 5720–22. Online verfügbar unter: <http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb00011915-9>

Empfohlene Zitation: Rede von Friedrich Gottlieb Schulz zum Entwurf eines Auswanderungsgesetzes in der Frankfurter Nationalversammlung (1849), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/vom-vormaerz-bis-zur-preussischen-vorherrschaft-1815-1866/gldi:document-5016>> [20.04.2024].